Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 50 (1977)

Heft: 9

Artikel: Nuklearstrategische Überlegungen der Sowjetunion?

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-518602

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nuklearstrategische Überlegenheit der Sowjetunion?

Neue Phase der strategischen Diskussion in den USA

Ende 1976 haben Äusserungen amerikanischer Nachrichtendienstspezialisten vor allem in den USA Aufsehen erregt. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, dass die Sowjetunion ihr Potential im nuklearstrategischen Bereich in einer Weise gesteigert habe und weiter erhöhe, die nur einen Schluss zulasse: dass die Sowjets bewusst darauf aus seien, sich eine auswertbare Überlegenheit über die USA in bezug auf die Chancen beider Supermächte in einem nuklearen Schlagabtausch zu sichern. Der Vorsitzende des von der republikanischen Administration zur Überprüfung der nachrichtendienstlichen Beurteilung der sowjetischen Ziele im strategischen Bereich eingesetzten Kommission, das sogenannte «Team B», Professor Richard Pipes von Harvard, hat dies im Februar in einem Artikel in der «New York Times» ausdrücklich bestätigt und sich — zu Recht — gegen die in einer gewissen Presse übliche Relativierung, ja Disqualifizierung unbequemer Schlüsse durch die Katalogisierung derjenigen, die sie ziehen, als «Rechte», «Falken» usw. verwahrt.

Anlass der Besorgnis: sowjetischer Zivilschutz

Das Aufsehen, das die obgenannten Aussagen in den USA im allgemeinen und in Fachkreisen im besonderen erregten, lässt sich nur aus zweierlei erklären: Einmal daraus, dass «schreckliche Vereinfacher» rasch zur Stelle waren, um das festgestellte Streben der Sowjets nach nuklearstrategischer Überlegenheit in eine von der Sowjetunion bereits errungene Überlegenheit umzumünzen; sodann daraus, dass die Aufmerksamkeit auf einen bisher in der amerikanischen strategischen Diskussion wenig beachteten Faktor gelenkt wurde, den bereits hohen Stand des sowjetischen Zivilschutzes.

Im Vordergrund der Diskussionen der letzten zwei Jahrzehnte stand nicht eine allfällige Fähigkeit der Sowjets, ihre Bevölkerung amerikanischen Nuklearschlägen insbesondere durch passive Massnahmen zu entziehen, sondern die nukleare Schlagkraft des kommunistischen Rivalen, sein angeblicher Vorsprung bei den weitreichenden Lenkwaffen Ende der fünfziger und zu Anfang der sechziger Jahre und die dann tatsächlich atemraubende Verstärkung des sowjetischen Lenkwaffenarsenals ab etwa 1965. Zwar kam die defensive Komponente ab etwa 1966 mit dem zuerst von den Sowjets eingeleiteten Aufbau einer sich leistungsfähiger Radars und genauer, nuklearbestückter Raketen bedienenden Raketenabwehr (Ballistic Missile Defense, BMD) ins Gespräch, doch hielt man die so von der defensiven Seite her heraufbeschworene Gefahr einer Erschütterung der Grundlagen der beiderseitigen Abschreckung und damit der nuklearstrategischen Stabilität mit dem Vertrag vom 26. Mai 1972 über die Begrenzung der Raketenabwehr für gebannt. In den letzten Jahren beschäftigte man sich in erster Linie mit der Frage, ob die grosse Zahl landgestützter Lenkwaffen, über die die Sowjets verfügen, bei Verbesserung ihrer Zielgenauigkeit und Bestückung mit Mehrfachsprengköpfen nicht den Wert der amerikanischen landgestützten interkontinentalen Lenkwaffen in Frage stellen werde. Mochte auch eine zunehmende Schlagkraft des sowjetischen Nuklearsenals Probleme aufwerfen, das Wesentliche, die «essentials» der Nuklear- und Abschreckungsstrategie wurden dadurch unmittelbar nicht berührt. Anders verhielte es sich, wenn die Sowjets tatsächlich die Fähigkeit erlangten, ihre Bevölkerung und ihr Industriepotential so zu schützen, dass sie bei einem amerikanischen Vergeltungsschlag nurmehr tragbare Verluste — namentlich im Vergleich zu den Verlusten der USA — erlitten (was immer tragbar heissen mag, wenn man es doch mit Millionen von Opfern zu tun hätte).

Die Grundlagen der Abschreckung in Frage gestellt?

Um zu begreifen, worum es geht, muss man sich auf die paar wenigen Regeln der Nuklearstrategie besinnen. Ausgangspunkt ist die bisher keinem Zweifel unterliegende Unvermeidlichkeit schwer vorstellbarer — wenn auch berechenbarer — Verluste bei einem Schlagabtausch zwischen den Grossen. Um das Eintreten dieser Verluste, die den Untergang einer Nation als Nation des 20. Jahrhunderts bedeuten würden, abzuwenden, muss man auf einen grossangelegten nuklearen Angriff des andern Grossen mit verheerender Wucht antworten können, d. h. dem Angreifer eine unerträgliche Strafe aufzuerlegen in der Lage sein. Das verlangt, dass ein ausreichender Prozentsatz der eigenen weitreichenden Nuklearwaffen nach einem überraschenden ersten Schlag des andern Grossen noch einsatzfähig ist. Umgekehrt wird ein erster Schlag, rein militärisch natürlich, erst vertretbar, wenn er es erlaubt, den gegnerischen zweiten Schlag abzuwenden oder, besser, auf ein als erträglich empfundenes Minimum herabzusetzen. Daraus folgt, dass der erste Schlag die Nuklearwaffen des Gegenspielers zum Ziel hat, während sich der zweite Schlag, der diesen ersten Schlag verhindern soll, gegen die Bevölkerung, die Städte, die Industrie, die Kommandozentren, kurzum die Ressourcen und das Wertvollste richten soll, das der Angreifer hat. Die Aussicht auf einen unerträglichen Gegenschlag soll den Gegenspieler von einem schweren nuklearen Angriff auf das eigene Heimatgebiet abhalten, soll ihn generell zu Vorsicht in den Beziehungen zum anderen Grossen veranlassen, was seit langem auch der Fall ist. Somit kommt Städten, Bevölkerung, Industrie beider Supermächte als Geiseln grösste strategische Bedeutung zu.

Hält man sich dies vor Augen, so wird die Tragweite einer allfälligen Fähigkeit der Sowjets offensichtlich, ihre Bevölkerung den Wirkungen eines amerikanischen Nuklearschlages in weitem Masse zu entziehen. Gelingt dies den Sowjets als Ergebnis einer Kombination offensiver und defensiver Massnahmen, so haben sie in der Tat eine politisch auswertbare Überlegenheit erlangt. Gerade das behaupten nun Exponenten des amerikanischen Nachrichtendienstes, namentlich der auf Jahresende zurückgetretene Chef des Nachrichtendienstes der Luftwaffe, General Keegan. Keegan zufolge hätten die USA die Fähigkeit eingebüsst, das sowjetische Industriepotential und die zivile und militärische Führung der Sowjetunion mit ihren strategischen Nuklearwaffen auszuschalten. Die Sowjetunion habe genügend Schutzräume gebaut, um «mehr als 60 Millionen Werktätige vor einem nuklearen Angriff zu schützen». Die Sowjets seien offenbar bestrebt, einen Nuklearkrieg führen zu können. Als Folge dieser Anstrengungen drohe der grösste Krieg der Geschichte binnen der nächsten 10 bis 20 Jahre, wenn die amerikanischen nachrichtendienstlichen Beurteilungen keine grundlegende Änderung erführen.

Replik der amerikanischen «Vereinigten Stabschefs»

Einigen dieser Behauptungen sind die Stabschefs der amerikanischen Teilstreitkräfte in einem Brief an einen Senator vom 3. Februar 1977 entgegengetreten. Während sie nicht bestritten, dass die Sowjets grosse Anstrengungen unternehmen, um ihre Verluste im Fall eines amerikanischen Gegenschlages zu dämpfen, stellten sie klar, dass «die amerikanischen strategischen Streitkräfte die Schäden zuzufügen in der Lage sind, die vorgeschrieben sind, und dass sie ausreichen, um die amerikanischen Ziele heute zu verwirklichen . . . Die vereinigten Stabschefs sind überzeugt, dass die laufenden und projektierten Waffenbeschaffungen sowie die Einsatzdoktrin den festgelegten Schadenskriterien bis Mitte der 80er Jahre entsprechen». Allerdings, räumte sie ein, könnten weitere Verbesserungen im Bereich des sowjetischen Zivilschutzes Änderungen an Doktrin und Mitteln erforderlich machen.

Man geht kaum fehl, wenn man angesichts des amerikanischen industriellen Potentials und der Grösse und Schlagkraft der bereits vorhandenen nuklearen Streitkräfte — über 2000 Einsatzmittel, Lenkwaffen und Langstreckenbomber, mit einer Zuladung von total mehr als 8500 Nuklearsprengkörpern — folgert, dass in absehbarer Zukunft die grösste Gefahr weniger von der realen Wirksamkeit der sowjetischen strategischen Rüstung und des sowjetischen Zivilschutzes ausgeht als vom möglichen Glauben der sowjetischen Führung, die Sowjetunion könnte sich von einem Nuklearkrieg rascher und gründlicher erholen als Amerika.

Dominique Brunner

Bedingungen einer Armee in der Demokratie

aus einem Vortrag von Prof. Dr. Jeanne Hersch, Genève, vor der Offiziersgesellschaft Baselland

Bedingungen einer Demokratie

In einer echten Demokratie werden die Machtorgane des Staates periodisch durch das Volk, welches das allgemeine Stimmrecht hat, an der Urne beurteilt, das heisst neu oder wieder gewählt.

Ein zweites Merkmal der Demokratie ist die Anerkennung verschiedener Strömungen von Opposition. Es müssen aber auch Mittel vorhanden sein, die es der Opposition gestatten, ihre Vorstellungen mitzuteilen. «Ich bin davon überzeugt, dass da, wo Einstimmigkeit herrscht, keine Demokratie ist. Die Menschen sind eben verschieden, sie fassen den Sinn ihres Lebens auf verschiedene Weise, sie haben verschiedene Vorstellungen davon, wie ihr Staat sich entwickeln soll, und das alles stimmt nicht spontan überein. Wo man Einstimmigkeit hat, herrscht notwendigerweise eine Art von Zwang.»

Ein weiteres Kriterium einer Demokratie ist nach Jeanne Hersch dann gegeben, wenn in einem Staat eine grosse Verschiedenheit von Auffassungen und Gedanken Platz hat, die sich gegenseitig «ohne Gewalt angreifen können».

Schliesslich ist eine Demokratie nur dieser Bezeichnung würdig, wenn sie ein Rechtsstaat ist. Dieser wird definiert als ein Staat, in dem über den Menschen und ihrer Verschiedenheit und über ihren Auseinandersetzungen Gesetze gelten, die von allen als solche anerkannt worden sind.

Die Gewalt in der Demokratie

Man könnte nun glauben, dass ein demokratischer Staat auf die physische Kraft, auf die Gewalt — von der Referentin «la force» genannt — verzichten könnte. «Ich glaube, das ist eine engelhafte Vorstellung.»

In einem demokratischen Staat existiert auch «la force», nach aussen und nach innen.

Jeder Mensch, der etwas oder jemanden liebt, kommt notwendigerweise in die Situation, dieses Etwas oder diesen Jemand gegenüber anderen Ansprüchen verteidigen zu müssen.

In einer Demokratie aber ist «la force» dem Recht unterworfen. Je stärker diese Kraft ist, desto strenger muss sie dem politisch gesetzten Recht und seinen Organen unterworfen bleiben.